

Bundesräte im Streit um Neujahrsansprache : zuviel der Ehre?

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebenspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **119 (1993)**

Heft 37

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-616201>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bundesräte im Streit um Neujahrsansprachen:

Zuviel der Ehre?

Bislang geheime Protokolle enthüllen, wie selbst Bundesräte manchmal Mühe haben, den tieferen Sinn ihrer eigenen Beschlüsse zu verstehen. Stein des Anstosses war konkret die Anpassung der politischen Rechte. Diese Revision ging zunächst völlig friktionslos über die Bühne, und niemandem fiel auf, wie Kaspar Villiger während dieses legislatorischen Akts wiederholt genüsslich vor sich hin schmunzelte. Bis dann Arnold Koller in letzter Minute – wenn auch ohne Erfolg – einen Rückkommensantrag stellte.

Tatsächlich war zuvor eine Neuerung der eindeutig konsensgefährdenden Art zum Beschluss erhoben worden: Ab 1995 soll sich nach den Wahlen das neue Parlament künftig nicht mehr im Dezember, sondern erst im Januar konstituieren. Damit könnte auch der

neue Bundespräsident erst nach dem Jahreswechsel gewählt werden. Wer hält aber dann an der Schwelle zum Jahr 1996 die Neujahrsansprache? Mangels eines neuen Bundespräsidenten müsste wohl der noch amtierende einspringen, der allerdings schon am Neujahrstag 1995 zu gleichen Ehren kommen wird. Der «richtige» 96er-Präsident wiederum würde schon im Dezember wieder abgelöst und hätte somit auch anfangs 1997

CVP laufen Wählerinnen und Wähler davon:

Räumtrupp für einen Parteipräsidenten

Sorgen hat die CVP: Nicht genug, dass ihr überall die Wählerinnen und Wähler davonlaufen, dass ob dem künftigen Schicksal ihres Zürcher Stadtrates Willy Küng die Parteispaltung droht, nein, da ist auch noch ein Parteipräsident, der ohne Rücksicht auf die Meinung in den eigenen Reihen seine hirn-

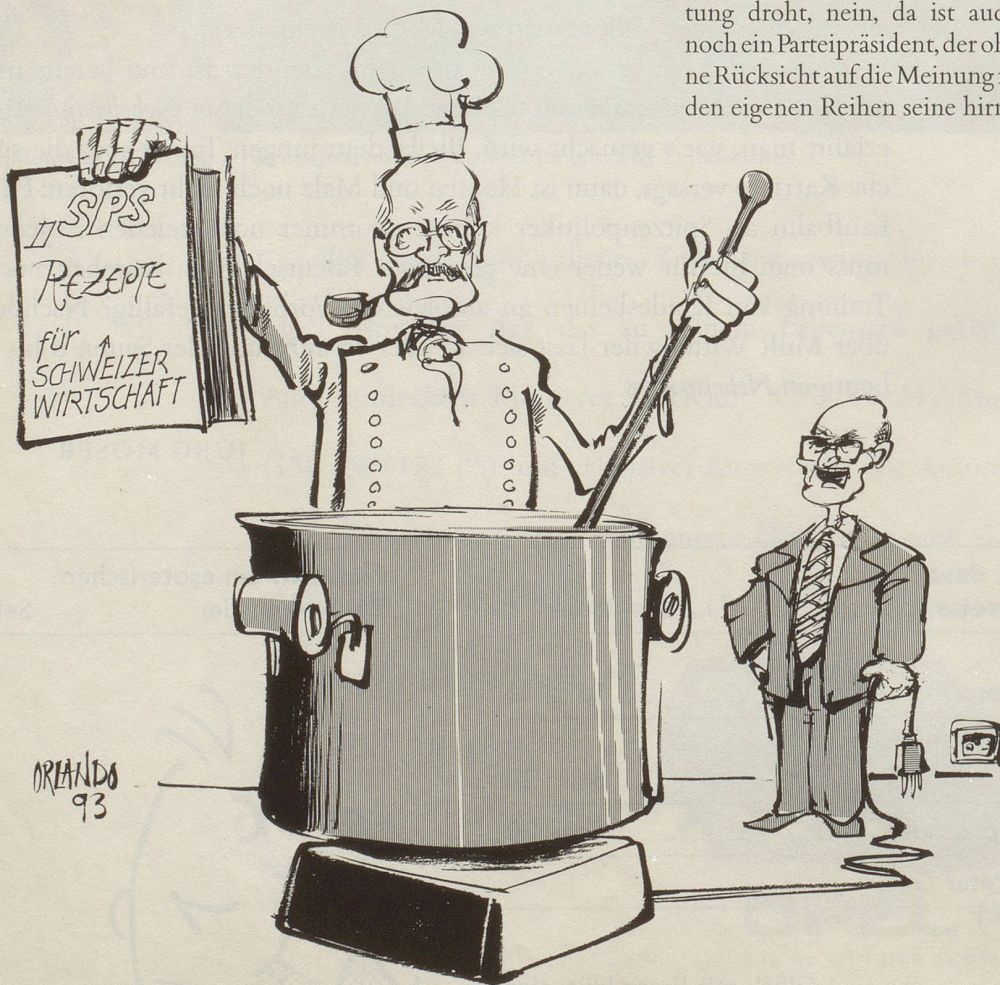
keine Gelegenheit, seine Wünsche an die Nation weiterzugeben.

Wer nun darf zweimal, und wer geht leer aus? Der zu unerwarteten Ehren Gekommene ist – richtig – Villiger. Zum Schweigen verurteilt würde nach den ehernen Gesetzen des Anciennitätsprinzips eigentlich Jean-Pascal Delamuraz. Aus der Tatsache, dass nicht er, sondern der nächste in der Reihe – Koller eben – Alarm schlug, ergibt sich als Nebenprodukt dieser Indiskretion die Bestätigung, dass Delamuraz doch nächstens zurücktreten wird.

rissigen Ideen zur Kasernierung von straffälligen Asylbewerbern in die Welt hinausposaunt.

Es ist nicht das erste Mal, dass der Oberegger Carlo Schmid seine christlichen Mitstreiterinnen und Mitstreiter vor den Kopf stösst: Vor den denkwürdigen Bundesratswahlen liess er im Zusammenhang mit Christiane Brunner das ominöse Wort von den «Windsor-Verhältnissen» fallen, die es in der Schweiz zu verhindern gelte. Mit seiner unsäglich feststellung hatte sich Schmid, immerhin Chef einer grossen Bundesratspartei, in einer schwierigen politischen Situation selbst ins Offside manövriert – er ging auf Tauchstation. Anfangs Sommer meinte Schmid dann, er müsse Bundesrätin Ruth Dreifuss eine Rüge erteilen, weil sie in bester Absicht den Bundesrat mit dem Palavergremium eines afrikanischen Stammes verglichen hatte.

Und jetzt in einem Anflug von Profilierungswut diese Kasernen-Geschichte, mit der Schmid seine Partei vollständig polarisiert. Besonnene Geister in der CVP überlegen sich deshalb, wie sie einen SOS-Trupp auf die Beine stellen können, die dem Appenzeller Polit-Tolpatsch die Fettnäpfe aus dem Wege räumen.



Kostprobe gefällig?